



Projektland: EU, Brüssel

**Quartal/Jahr: Oktober bis Dezember
2010**

Inhaltsverzeichnis:

EU Außen- und Entwicklungspolitik

-
- **Catherine Ashton** ergänzt die Führungsebene des Europäischen Auswärtigen Dienstes
- Auswirkungen des Lissabon-Vertrages auf die europäische Entwicklungszusammenarbeit
- Grünbuch zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit

Catherine Ashton ergänzt die Führungsebene des Europäischen Auswärtigen Dienstes

(siehe hierzu auch die Quartalsberichte: [Quartalsbericht IV 2009](#), [Quartalsbericht I 2010](#), [Quartalsbericht II 2010](#))

Mehr Kohärenz im europäischen auswärtigen Handeln ist ein zentrales Ziel des Lissabon-Vertrags. Die „EU-Außenministerin“ Catherine Ashton und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Nach monatelangen Debatten über den Aufbau des EAD besetzte Catherine Ashton im vergangenen Quartal die ersten Schlüsselpositionen.

- Der französische Karrierediplomat **Pierre Vimont** wurde zum geschäftsführenden Generalsekretär des EAD ernannt. Pierre Vimont war zuvor Stabschef für drei französische Außenminister und Botschafter Frankreichs bei der Europäischen Union, in London und in den Vereinigten Staaten.
- Die Deutsche Helga Schmid und der Pole **Maciej Popowski** wurden zu stellvertretenden Generalsekretären berufen. **Helga Schmid**, die als erfahrene EU-Beamtin des Rates der Europäischen Union gilt, wird zukünftig für politische Fragen innerhalb des EAD zuständig sein, während Maciej Popowski, ehemaliger Kabinettschef des Präsidenten des Europäischen Parlaments, inter-institutionelle Fragen abdecken wird.
- Mit der Ernennung von **Miroslav Lajcak**, **Christian Leffler** und **Nicholas Westcott** als Leitende Direktoren (Managing Directors) wurden auch die ersten Länderzuständigkeiten vergeben. Der slowakische Karrierediplomat Miroslav Lajcak wird für die Beziehungen zu Russland, für die östliche Nachbarschaft und für die Länder des westlichen Balkans verantwortlich sein. Der schwedische Kommissionsbeamte Christian Leffler, der zuvor stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion Entwicklung war, wird für Nord-, Zentral- und Südamerika und Karibik verantwortlich sein. Der britische Diplomat Nicolas Westcott wird innerhalb des EAD die Afrika-Abteilung leiten.
- Bereits am 15. September ernannte Catherine Ashton 27 neue EU-Botschafter.

Am 1. Januar 2011 wurden vorerst 1.643 Beamte von der Europäischen Kommission - insbesondere von der Generaldirektion Außenbeziehung - und dem Rat der Europäischen Union - zum EAD versetzt. Bis 2013 soll der EAD seine volle Stärke entfaltet haben und mit bis zu 6.000 Diplomaten aus den Mitgliedsstaaten, der Kommission und des Rates besetzt sein.

Trotz dieser Vorgaben herrscht weiterhin Unklarheit und Unsicherheit innerhalb der EU-Institutionen. Vielen EU-Beamten ist nicht bekannt, in welchen Abteilungen sie arbeiten werden und unter welchen Vorgesetzten. Für das Ausbleiben einer konkreten Aufgabenbeschreibung des Dienstes, die unter anderem dessen Mehrwert gegenüber der Öffentlichkeit erklären könnte, steht Catherine Ashton weiterhin in der Kritik. Catherine Ashton ist auf einen effizienten Dienst angewiesen. Bisher hatte Ashton keinen Apparat, der sie im Tagesgeschäft unterstützen konnte. Mit der Besetzung der Führungspositionen verbindet sich daher die Hoffnung, dass Ashton an außenpolitischem Profil gewinnt. Die Aufnahme der Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo gilt als erster großer außenpolitischer Erfolg der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und stellvertretende Präsidentin der Europäischen Kommission.

Auswirkungen des Lissabon Vertrages auf die europäische Entwicklungszusammenarbeit

Der Vertrag von Lissabon stellt erstmals nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ins Zentrum der EU-Außenbeziehungen und ordnet die Entwicklungspolitik der Außenpolitik zu. Gemäß dem Vertrag von Lissabon heißt es in Artikel 208 EUV: „[...] Die Politik der Union und die Politik der Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit ergänzen und verstärken sich gegenseitig. Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereich ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut. Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung.“ Mit der institutionellen Neuordnung, die ein stärkeres Parlament und den Europäischen Auswärtigen Dienst einschließt, und der Schaffung neuer Positionen, wie beispielsweise des ständigen EU-Ratspräsidenten und des De-facto-Außenministers, ist das Potential für eine effektive und aktive Entwicklungspolitik beachtlich (siehe hierzu [Quartalsbericht I 2010](#)).

Der Lissabon-Vertrag bringt für die Entwicklungspolitik neue Impulse:

- Mit dem Aufbau des EAD verbindet sich die Hoffnung auf mehr europäische Politikkohärenz gegenüber den Entwicklungsländern. Der EAD wird für alle Länder dieser Erde verantwortlich sein. Eine Aufteilung zwischen AKP-Staaten und anderen Entwicklungsländern besteht nicht mehr. Der EAD bietet außerdem die Möglichkeit, das Profil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu schärfen und ihre Wirkung auf andere Außenziele zu erhöhen.
- Der Entwicklungskommissar wird auch weiterhin für die Mittelallokation und Programmierung der wichtigsten Entwicklungsprogramme verantwortlich sein. Damit sichert sich die europäische Entwicklungspolitik eine gewisse Eigenständigkeit. Sie wird der Außenpolitik zu-, jedoch nicht untergeordnet. Eine verbesserte Integration politischer und entwicklungspolitischer Ziele im Programmierungszyklus wird voraussichtlich durch eine enge Kooperation zwischen der Generaldirektion Entwicklung und dem EAD sichergestellt.
- Das Europäische Parlament könnte zukünftig zu einem entscheidenden Akteur werden, da es in entwicklungspolitisch relevanten Bereichen an legislativen Rechten gewonnen hat. Dazu zählen insbesondere die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Sicherheit und Migration.

Die Veränderungen durch den Lissabon-Vertrag führten in den vergangenen Monaten zu intensiven Diskussionen unter Entwicklungspolitikern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen. In den Beiträgen wurden auch Bedenken geäußert:

- Mit der institutionellen Neuordnung befürchteten einige Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, dass entwicklungspolitische Ziele kurzfristigen außenpolitischen Zielsetzungen untergeordnet werden. Mit dem EAD als zukünftigen Entscheidungsträger in der europäischen Außenpolitik könnte der Entwicklungskommissar dazu gebracht werden, Finanzmittel für Programme zur Verfügung zu stellen, die nur in gewissem Maße von entwicklungspolitischer Bedeutung sind.
- Die komplexe Aufgabenverteilung zwischen EAD und der Generaldirektion Entwicklung, die mit der Durchführungsabteilung EuropeAid zusammengelegt wurde,

wird einen effektiven Koordinierungsmechanismus voraussetzen und insbesondere inter-institutionelles Vertrauen.

- NGO-Vertreter kritisieren außerdem den Mangel an entwicklungspolitischen Know-How im EAD und fordern die Einstellung von Beamten aus den nationalen Entwicklungsministerien.

Grünbuch zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit

Am 10. November startete die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation über die Zukunft der EU-Entwicklungspolitik. Angesichts der dreifachen Herausforderung durch die Wirtschafts-, die Nahrungsmittel- und die Umweltkrise legt die Kommission erhöhten Wert auf einen umfassenden Meinungsbildungsprozess. Ziel sind optimale Unterstützungsprogramme für die Entwicklungsländer zur raschen Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele. Auf der Grundlage der bisher erzielten Ergebnisse schlägt die Kommission vier wichtige Bereiche vor, auf die sich die Debatte konzentrieren soll:

- Effizienz der EU-Entwicklungshilfe,
- Unterstützung eines breitenwirksamen Wachstums,
- Förderung einer nachhaltigen Entwicklung,
- Dauerhafte Ergebnisse im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherheit.

Mit dem Grünbuch soll eine Debatte darüber eröffnet werden, wie die EU-Entwicklungspolitik am besten an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer angepasst und der Mehrwert von EU-Maßnahmen genutzt werden kann.

Die Fragen der Kommission beziehen sich auf vier gemeinsame Ziele, die von der EU und den Mitgliedsstaaten zu verfolgen sind:

- Wie wird eine große Wirkung der EU-Entwicklungspolitik gewährleistet, so dass mit jedem verwendeten Euro der größte Mehrwert, das günstigste Kosten-Nutzen-Verhältnis, die beste Hebelwirkung und die bestmöglichen Voraussetzungen für die nächsten Generationen geschaffen werden?
- Wie kann dazu beigetragen werden, dass mehr und vor allem ein breitenwirksames Wachstum in Entwicklungsländern erzeugt wird, mit dem die Armut verringert wird? Entwicklungshilfe allein wird niemals ausreichen, um diese Länder bei der Armutsminderung zu unterstützen, und Wachstum kann durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Sozialschutz eine Multiplikatorwirkung haben. Daher stellt sich die Frage, ob die EU neue gemeinsame Strategien für ein breitenwirksames Wachstum ausarbeiten soll.
- Wie soll nachhaltige Entwicklung als Triebkraft für den Fortschritt gefördert werden? Im Grünbuch wird die Frage erörtert, wie die nachhaltige Entwicklung sowohl ins Zentrum der europäischen Entwicklungspolitik als auch in den Mittelpunkt der EU-Klimapolitik gerückt werden kann, um mit den Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auch das Wachstumspotenzial der Ärmsten der Welt zu verbessern. Die Kommission bringt außerdem die Frage des Zugangs zu Energie zur Sprache, der eine Voraussetzung für die Verwirklichung der meisten MDG darstellt: jedes Krankenhaus, jede Schule und jeder landwirtschaftlicher Betrieb braucht Energie. Sie stellt fest, dass Afrika über ein großes unerschlossenes Potenzial an erneuerbarer Energie verfügt, mit der Millionen Menschen mit Strom versorgt werden könnten.

- Wie können nachhaltige Ergebnisse im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherung erreicht werden?¹

Die sicherlich noch andauernde Debatte zeigt bereits heute einen Schwerpunkt auf die Vernetzung zunehmend wirtschaftlicher Instrumente zur Förderung der Entwicklungsländer. Das gesamte Grünbuch kann unter folgendem Link eingesehen werden: http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/GREEN_PAPER_COM_2010_629_POLI_TIQUE_DEVELOPPEMENT_DE.pdf

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: HANNS BÜHLER, ENTWICKLUNGSPOLITISCHES EUROPABÜRO IN BRÜSSEL
 REDAKTION: CHRISTIAN FORSTNER, SILKE STACHURA
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 11.01.2011

1

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1494&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (nach dem Stand vom 11. Januar 2010)